Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 2 (1910)

Heft: 9

Artikel: Vom internationalen Kongress in Kopenhagen

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-349708

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die in die Schweiz einwandernden Italiener sind bekanntlich meistens Maurer und Handlanger, die Frauen und Mädchen arbeiten in den Fabriken, viele unter den verheirateten Frauen verdienen sich ihr Brot durch Kostgeberei. Die Hauptursache des Auswandertums ist bekanntlich der Ueberschuss der Bevölkerung über die lokalen Lebensmittelerzeugungs- und Produktionsverhältnisse. Somit kommen auch die meisten Einwanderer aus gebirgigen Gegenden, wo das Eigentum an Grund und Boden zersplittert, wo die Bodenkultur und die Verkehrsmittel äusserst primitiv sind. An Hand der Beispiele, die uns aus solchen Gegenden kommen und die uns beweisen, wie sämtliche Gewohnheiten, Lebensbedingungen, Gefühle und Gefülhsäusserungen sich unter dem Einflusse der Auswanderung radikal umgestalten, kann man sich einen konkreten, augenscheinlichen Begriff davon machen, wie die Produktionsverhältnisse mächtig auf die soziale und somit auch psychologische Struktur der Völker und der Individuen einwirken. Von Hause aus ist der Bewohner der oben geschilderten Gegenden an die Scholle gebunden, zum Reisen wenig veranlagt, sträubt sich gegen alles Neue, seine Lebensanschauung hat einen tief patriarchalischen Anstrich, der Ausblick in die Welt ist durch den Kirchturm beschränkt, alles was ausserhalb desselben vorgehen mag, interessiert ihn nicht. Auch die Entwicklung der Grossindustrie und entsprechender Verkehrsmittel, die die Nachfrage nach ausländischer Arbeitskraft vermehrt, gibt zur Auswanderung aus den Gegenden Anlass, wo die Lebensmittel nicht genügen. Die Möglichkeit, sich einen wenn auch kargen, aber regelmässigen und sicheren Verdienst zu verschaffen, um die Angehörigen mit dem Notwendigsten zu versehen, gewinnt die Oberhand, das Auswandern ist zur zweiten Natur geworden, zu einem Bedürfnisse und einer Gewohnheit, die nur durch eine radikale Umwälzung der örtlichen ökonomischen Verhältnisse gehemmt und aufgehoben werden kann.

Dass das Auswandertum äusserlich und innerlich ein ganz neues Gepräge den Ortschaften und der Bevölkerung gibt, liegt auf der Hand. Im Sommer zum Beispiel ist es schwer, einen gesunden jungen Mann zu treffen. Alles, was über Kraft verfügt, geht ins Ausland. Nur die Frauen und Kinder, die erwerbsunfähigen Alten bleiben zu Hause. Die Arbeit, die den Frauen obliegt, ist unbeschreiblich schwer und mannigfaltig; müssen sie doch den Ackerbau ihres winzigen Eigentums besorgen, schwere Lasten Steg auf, Steg ab schleppen, für die Kinder und Alten sorgen. Diesem Umstande ist es auch zu verdanken, dass viele Frauen ihr «Heim» ohne besonderen Schmerz verlassen und sich im Auslande dem Kapitalismus zur Verfügung stellen. Hie Frondienst — da Ausbeutung . . .

Wie schwer es ist, in solchen Gegenden den Geist der Organisation und des Sozialismus zu verbreiten, ist leicht zu verstehen. Wie winzig und verschwindend das Zwergprivateigentum auch sei, der Besitz desselben und die Hoffnung, ihn zu vermehren oder sich etwa ein «eigenes» Häuschen bauen zu können, versetzen den Einwanderer in eine widerspruchsvolle Lage: er ist zu gleicher Zeit Eigentümer und Proletarier.

Seit einer Reihe von Jahren werden Agitationstouren im Winter veranstaltet, und zwar auf Anlass und mit Hilfe der deutschen Gewerkschaften und der italienischen Gewerkschafts- und Parteiorganisationen. Die Ankunft eines Agitators in einem von der Kultur so stiefmütterlich behandelten Ländchen ist ein sensationelles Ereignis. Mag der Pfaffe auch noch so energisch von der Kanzel aus gegen den Besuch der Versammlung donnern, mag er den Frauen und Mädchen die Greuel der Hölle noch so drastisch vor die Augen geführt haben, die Neugier, speziell wenn die Agitation von einer Frau ausgeht, ist unwiderstehlich, die ganze Bevölkerung beteiligt sich an der Versammlung. Und das um so mehr, als das Erscheinen in den betreffenden Ländern — dank des vollständigen Mangels an Verkehrsmitteln — schon an und für sich ein schweres Unternehmen ist; ist es uns doch schon vorgekommen, 15 bis 20 Tage lang auf der Agitation zu sein, jeden Tag und manchmal auch zweimal täglich in verschiedenen Ortschaften Versammlungen abzuhalten, ohne je die Eisenbahn gesehen zu haben, wobei sehr oft zu Fuss, im Schnee oder Regen aus einem Ort in den anderen gewandert wurde.

(Fortsetzung folgt.)

Vom internationalen Kongress in Kopenhagen.

Der internationale sozialistische und Gewerkschaftskongress in Kopenhagen war eine grossartige und würdige Demonstration der Einigkeit der Arbeiterbewegung der gesamten Kulturwelt. 23 Nationen waren durch 887 Delegierte vertreten; eine Reihe nicht vertretener Nationen hatten Zustimmungsadressen gesandt und zahllos war die Menge gleichgesinnter Gäste aus allen Ländern. Der Tagungsort Kopenhagen bot allen Gelegenheit, die gut gefestigte Arbeiterbewegung Dänemarks näher kennen zu lernen. Die Eröffnungsfeier und der öffentliche Umzug nach Sondermarken, sowie die Schlussfeier im Rathause, wo der Kongress von sozialistischen Bürgermeistern begrüsst wurde, waren glänzende Beispiele organisatorischer und politischer Erfolge der dänischen Arbeiterschaft.

Die Tagesordnung des Kongresses war so reichhaltig, dass es grosse Mühe kostete, dieselbe in einer

Woche zu bewältigen. Die Hauptarbeit hatten in noch höherem Masse, als auf früheren Kongressen, die *Kommissionen* zu leisten. Hier wurden die grossen Redeschlachten geschlagen, die Kompromisse gesucht und gefunden, und Subkommissionen mussten die engere Verständigung und die Redaktion der dem Kongresse vorzulegenden Resolutionen übernehmen. Der Kongress konnte seine Plenarverhandlungen erst am vierten Tage aufnehmen, aber in dreitägiger Beratung gelang es, alle Fragen zu erledigen. Freilich ging auch im Plenum nicht alles so glatt vonstatten; besonders in der Friedensfrage und in der Genossenschaftsfrage gab es noch recht scharfe Debatten, aber auch hier wurde man schliesslich einig, so dass der Kongress in bester Harmonie auseinanderging. Fast alle Beschlüsse wurden einstimmig, wenige mit einigen Stimmenthaltungen gefasst. Nur in einer einzigen Frage wurden ablehnende Stimmen abgegeben: es betraf den österreichisch-tschechischen Gewerkschaftsstreit, in der die tschechischen Separatisten völlig allein standen.

Da die Plenarberatungen von dem Fortschritt der Kommissionsarbeiten abhängig waren, so kamen die Tagesordnungspunkte in anderer als in der vorgesehenen Reihenfolge zur Erledigung. An erster Stelle wurde die Frage der *Arbeitslosenversicherung* beraten. Hier standen sich in der Kommission zwei Auffassungen gegenüber. Die österreichischen, französischen und teilweise auch englischen Genossen vertraten den Standpunkt der allgemeinen staatlichen Arbeitslosenversicherung, wobei die letzteren auch das Recht auf Arbeit anerkannt wissen möchten. Die deutschen Gewerkschaftsvertreter und die holländischen Genossen verlangten Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln für diejenigen Gewerkschaften, die ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung zahlen. Die dem Kongress vorgelegte Resolution ist ein Kompromiss beider Richtungen. Sie fordert allgemeine, obligatorische Arbeitslosenfürsorge auf Kosten der Produktionsmittelbesitzer und unter alleiniger Verwaltung der Arbeiter, dazu Arbeitslosenstatistiken, Notstandsarbeiten zu gewerkschaftlich anerkannten Löhnen, ausserordentliche Unterstützung der Arbeitslosigkeitskassen während der Krise, Beseitigung aller politisch nachteiligen Folgen bei öffentlicher Unterstützung von Arbeitslosen, Errichtung von Arbeitsnachweisen unter Wahrung der Gewerkschaftsinteressen und gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit. Bis zur Verwirklichung der allgemeinen, öffentlich-rechtlichen und obligatorischen Arbeitslosenversicherung sollen die öffentlichen Gewalten die *gewerkschaftliche* Arbeitslosenunterstützung finanziell fördern, ohne die Unabhängigkeit der Gewerkschaften zu beeinträchtigen. — Man kann mit diesem Kompromiss, soweit er zwischen prinzipiellen und nächsten praktischen Forderungen unterscheidet, einverstanden sein. Er trägt den prinzipiellen Auffassungen in der Arbeiterbewegung Rechnung, ohne darum der praktischen Weiterentwicklung der Arbeitslosenfürsorge durch die Gewerkschaften und durch die öffentliche Förderung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung hindernd in den Weg zu treten. — Im Plenum wurde die Resolution von Dr. Ad. Braun (Oesterreich) sehr wirkungsvoll begründet, aber aufs heftigste von den englischen Vertretern angegriffen, weil sie keine Anerkennung des « *Rechts auf Arbeit* » enthalte. Die Engländer enthielten sich daher der Abstimmung, um nicht gegen die Resolution zu stimmen; ihnen schlossen sich Vertreter Frankreichs und der Vereinigten Staaten an. Den Wortlaut der Resolution geben wir im Anschluss an diesen Bericht wieder.

Nicht weniger als acht Resolutionen hatte der Berichterstatter der fünften Kommission, Dr. Ellenbogen (Oesterreich), zu vertreten. Sie betrafen die *Abschaffung der Todesstrafe,* die Zustände in Argentinien, Japan, Persien, Türkei, Spanien und Finland sowie die *Vereinheitlichung der sozialistischen Parteien* in denjenigen Ländern, in denen noch getrennte, sich befehdende Gruppen bestehen. Die Resolutionen wurden sämtlich einstimmig angenommen. Nur zwischen den Vertretern der verschiedenen Gruppen aus den Vereinigten Staaten von Amerika, sowie aus Bulgarien traten Unstimmigkeiten im Plenum hervor, die aber bei der Kongressmehrheit keinen Widerhall fanden. Der Drang nach Einheit war so elementar, dass auch die Resolution, die das internationale sozialistische Bureau in Brüssel beauftragt, den sich befehdenden Parteien in einzelnen Ländern seine Initiative zur Einigung anzubieten, stürmisch akklamiert wurde.

Die Resolution der Kommission, die über « *Weltfrieden, Abrüstung und Schiedsgericht* » beraten hatte, vertrat Ledebour (Deutschland). Ein Amendement von Vaillant und Keir Hardie, welches den allgemeinen Streik der Arbeiter in den Berufen für Kriegslieferungen im Falle der Kriegsgefahr empfahl, rief scharfe Debatten hervor, da die Deutschen und Oesterreicher sich gegen dasselbe erklärten. Die Engländer und Franzosen wollten sich gegen die Resolution der Kommission erklären; vermutlich wären andere Nationen ihrem Beispiel gefolgt. Auf Antrag von Vandervelde (Belgien) wurde das Amendement dem internationalen sozialistischen Bureau zum Studium und zur Berichterstattung auf dem nächsten Kongress überwiesen, worauf die Resolution einstimmig Annahme fand.

Die in *gewerkschaftlicher* Beziehung wichtigste Frage des Kongresses war der *österreichisch-tschechische Gewerkschaftsstreit.* Die sozialistische Partei in Oesterreich ist nach Nationalitäten organisiert und die Autonomie jeder Nation anerkannt. Ein Zusammenwirken der nationalen Parteien war bisher stets möglich. Auch auf den internationalen Kongressen hatte die tschechische Nation ihre eigene Vertretung. Diesen Zustand wünschten die Tschechen auch auf die Gewerkschaften ausgedehnt zu wissen, weshalb sie besondere tschechische Gewerkschaften gründeten, den Austritt tschechischer Arbeiter aus den Reichsverbänden propagierten und die Ablieferung von Beiträgen nach Wien untersagten. Die tschechischen Parteileiter erklären: Die Gewerkschaften hätten sich den Existenzbedingungen der Partei anzupassen, denn die Partei brauche die Gewerkschaften und deren Mittel. Die Partei müsse sich den notwendigen Einfluss auf die Gewerkschaften wahren und deren Mittel in der Hand behalten; sie könne nicht dulden, dass die tschechischen Gewerkschaften ihre Gelder nach Wien schickten und von Wien her Befehle erhielten. Partei und Gewerkschaften sollten nach der Resolution des Stuttgarter Kongresses möglichst innig verbunden sein. Sozialdemokratische Gewerkschaften — das heisse in Böhmen tschechische Gewerkschaften.

Bei den übrigen Nationen fand diese tschechische Argumentation keinerlei Anklang. Einmütig erklärten sie den Tschechen, dass die Stuttgarter Resolution in erster Linie die *Einheit* der Gewerkschaften in jedem staatlichen Wirtschaftsbereich fordere, und dass eine Gewerkschaftsbewegung, nach Nationen zersplittert, in einem Staatswesen wie Oesterreich zur Ohnmacht verdammt sei. Aber weder die friedlichsten und dringendsten Ermahnungen, noch die Hinweise auf die Konsequenzen ihres gewerkschaftsmörderischen Verhaltens fruchteten bei den Tschechen, die rücksichtslos ihre nationalistische Auffassung für die *rechte* hielten und selbst dem Unwillen des Gesamtkongresses trotzten. Im Plenum vertrat Plechanoff (Russland) den Standpunkt aller übrigen Nationen, und besonders der alte Partei- und Gewerkschaftsveteran Greulich (Schweiz) fand Worte von hinreissender Ueberzeugungskraft, denen der Kongress stürmisch applaudierte. Die tschechischen Vertreter erklärten, trotzdem auf ihre Weise weiterarbeiten

zu wollen, bis sich in der Internationale eine «bessere Anschauung» bilde. Mit 222 gegen 5 (tschechische) Stimmen wurde die Einheitsresolution der Kommission (Wortlaut im Anhang) angenommen. Der Beschluss wird leider an dem Stande der Dinge in Oesterreich und Böhmen zunächst wenig ändern. Wie wir voraussagten, ist es eingetroffen: Der Kampf muss in Oesterreich selbst ausgetragen werden und er wird zweifellos in der nächsten Zeit mit der nötigen Schärfe ausgefochten. Nur die üblen Erfahrungen am eigenen Leibe werden die tschechischen Separatisten von der Unsinnigkeit ihres Vorgehens überzeugen können, und die werden ihnen schwerlich erspart bleiben.

An diese Gewerkschaftsdebatte schloss sich eine andere an, die sich mit der *internationalen Solidarität bei Streiks und Aussperrungen* befasste. Veranlasst wurde die Erörterung durch die Erfahrungen, die unsere schwedischen Genossen bei ihrem vorjährigen Kampfe mit der Unterstützung aus gewissen Ländern gemacht hatten. Während die skandinavischen und deutschen Bruderorganisationen sich musterhaft an den Unterstützungen beteiligt hatten, versagten England, Frankreich und Belgien fast völlig, und besonders das Verhalten der mit grossen Geldmitteln ausgerüsteten *englischen* Trade Unions rief allgemeinen Unwillen hervor, der auf dem Kongress sowohl in der Kommission als auch im Plenum unverhohlen zum Ausdruck kam. Die Verteidigung der Engländer wurde von einem Genossen der Independent Labour Party geführt, der keinerlei bindende Erklärungen für die Gewerkschaften abzugeben vermochte. Er führte entschuldigend aus, dass die Gewerkschaftsstatuten grössere Geldbewilligungen und Extrabeiträge von Urabstimmungen der Mitglieder abhängig machten, die sich in der Kürze der Zeit nicht vornehmen liessen, dass die englischen Gewerkschaften damals unter dem Druck hoher Arbeitslosigkeit standen und dass in England keine Arbeiter-Tagespresse vorhanden sei, die über den Kampf Aufklärung gegeben habe. Dies alles wurde sowohl vom Berichterstatter Huggler (Schweiz) als auch von Cohen (Deutschland) nachdrücklichst zurückgewiesen. Letzterer führte aus, dass zu jener Zeit in vielen deutschen Berufen eine doppelt so hohe Arbeitslosigkeit geherrscht habe als in England; gleichwohl hätten die deutschen Arbeiter ihre Schuldigkeit getan. Eine verbindliche Erklärung gaben die englischen Gewerkschaftsvertreter in dieser Sache nicht ab. Die Resolution, deren Wortlaut wir wiedergeben, wurde *einstimmig* angenommen.

Die Frage der *Arbeitergesetzgebung* hat schon oft auf den Tagesordnungen internationaler Kongresse gestanden. Neue Probleme sind auf diesem Gebiete nicht zu lösen; es handelt sich im wesentlichen darum, die seitherigen Fortschritte zu registrieren, die längst bekannten Forderungen zu wiederholen und die Arbeiterschaft aller Länder erneut auf den Kampf für bessere Arbeiterschutz- und Sozialgesetze hinzuweisen. Dem gab der Berichterstatter Molkenbuhr (Deutschland) namens der Kommission Ausdruck. Die von der Kommission vorgelegte Resolution wurde debattelos angenommen. Ein Teil der Engländer stimmte dagegen, weil ein Antrag ihrer Delegation, erneut in die Behandlung der Frage der Arbeitslosigkeit einzutreten, beim Kongress keine Gegenliebe fand. Der Wortlaut der Resolution folgt im Anhang zu diesem Bericht.

Ebenfalls ohne Debatte gelangten Resolutionen zum *Asylrecht* (begründet von Keir Hardie) und zur *Marokkofrage* (von Iglesias motiviert) zur Annahme.

An letzter Stelle stand die Genossenschaftsfrage zur Beratung. Sie sollte an erster Stelle der Tagesordnung stehen, war aber infolge langwieriger Kommissionsverhandlungen am spätesten zum Plenum gelangt. In der Kommission wogte der Streit am heftigsten zwischen der belgischen Auffassung, der sich auch die holländischen Genossen anschlossen, und dem reichsdeutschen Standpunkt. Nach belgischer Auffassung sollen die Genossenschaften Teile der sozialdemokratischen Organisation sein. Ihre Mitglieder sollen sich zur Sozialdemokratie bekennen und die Genossenschaften sollen die Sozialdemokratie durch Propaganda, Unternehmungen und Geldmittel kräftig unterstützen. Sie sollen das wirtschaftliche Rückgrat der Partei bilden. Dem steht der deutsche Standpunkt diametral gegenüber, der für die Genossenschaften Unabhängigkeit von der Partei, Anerkennung ihres eigenen Wirkungskreises und Verwendung der genossenschaftlich erzielten Ueberschüsse zur möglichst grosszügigen Entwicklung der genossenschaftlichen Eigenproduktion fordert. Eine absentierende Auffassung, die den Genossenschaften jede Bedeutung für den Emanzipationskampf des Proletariats absprach und in ihnen nur Aktiengesellschaften kleiner Leute erblickte, wurde französischerseits vertreten, fand aber bei der Kommissionsmehrheit schon deshalb keinen Anklang, weil eben die wachsende Bedeutung des Genossenschaftswesens dem Kongress die Stellungnahme aufgezwungen hatte. Eine Verständigung konnte auch hier nur durch Kompromiss erzielt werden, und so betont die dem Plenum vorgelegte Resolution den hohen wirtschaftlichen und erzieherischen Wert der Genossenschaften, anerkennt in ihnen eine wirksame Waffe im Befreiungskampf der Arbeit und fordert die politisch und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zur tätigen Mitarbeit in den Genossenschaften auf. Die Genossen sollen in den Konsumvereinen im *sozialistischen* Geiste wirken und darauf hinarbeiten, dass die Ueberschüsse zur genossenschaftlichen Produktion, sowie zur Erziehung, Bildung und Unterstützung der Mitglieder verwendet werden, dass die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Angestellten im Einvernehmen mit den Gewerkschaften geregelt werden und dass die Genossenschaftsbetriebe in jeder Hinsicht vorbildlich organisiert, auch beim Warenbezug auf gewerkschaftliche Bedingungen Rücksicht genommen werde. Im übrigen überlässt es die Resolution den Genossenschaften jedes Landes, inwieweit sie die Partei und die Gewerkschaften direkt aus ihren Mitteln unterstützen wollen und beschränkt sich auf den Wunsch möglichst inniger Beziehungen zwischen den gewerkschaftlichen, politischen und genossenschaftlichen Organisationen, sowie auf die Forderung möglichst einheitlich-zentralisierter Organisation der Genossenschaften in jedem Lande.

Im Plenum protestierte nur ein Teil der englischen Vertreter gegen diese Resolution, aber nicht, weil sie ihnen zu weit ginge, sondern weil die englischen Genossenschaften noch viel rückständiger seien als die englischen Gewerkschaften und weil sie sich von der «staatsmännischen» Kompromissresolution keinerlei Erfolg versprechen. Sie wollten von den ewigen Kompromissen, durch die unsere Endziele in den Hintergrund treten, nichts wissen. Auch ein holländischer Redner glaubte das belgische System als das bessere vertreten zu müssen und meinte, eine kleine, aber sozialistische Genossenschaft sei besser als eine grosse Genossenschaft, die den Sozialismus am St. Nimmerleinstage erwarte. Ihm entgegnete von Elm (Deutschland), dass nur grosse Genossenschaften wirklich etwas für den Sozialismus leisten könnten. *Man müsse nur dafür sorgen, dass sie sich in sozialistischem Geiste entwickeln.* Keinesfalls aber dürfe die Partei in finanzielle Abhängigkeit von den Genossenschaften geraten. Die Resolution wurde gegen wenige Stimmen angenommen.

Als Ort des nächsten Kongresses (1913) wurde *Wien* bestimmt. Mit zündenden Schlussreden von Molkenbuhr (Deutschland), Hillquitt (Amerika) und Jaurès (Frankreich) wurde der internationale Kongress geschlossen. Er hat geleistet, was irgendein vielsprachiges Weltparlament in sechs Tagen zu leisten vermochte. Nur

mit dem grössten Respekt konnte man von den Genossen scheiden, die in mühseliger Kommissionsarbeit und mit den grössten Anstrengungen im Plenum des Kongresses selbst für die internationale Verständigung gewirkt und diese übereinstimmenden Beschlüsse erzielt haben. Dass diese Beschlüsse nicht allseitige Befriedigung auslösen, liegt wahrlich nicht an diesen Männern, die ihr ganzes Sein dafür eingesetzt haben, sondern an den schier unüberwindlichen Schwierigkeiten der internationalen Verständigung über so weitreichende Probleme, die durch nationale Eigenheiten, Entwicklungstendenzen und Interessen emporgetürmt werden. Deshalb werden diese internationalen Kongresse immer Kompromissschmieden sein, und ihr Wert wird in dem moralischen Einfluss liegen, den ihre Beschlüsse auf die vertretenen Nationen auszuüben vermögen. Es liegt uns fern, diesen Wert auch nur im mindesten zu beeinträchtigen, im Gegenteil wünschen wir sehnlichst, dass die Beschlüsse von Kopenhagen bei allen vertretenen Nationen Zustimmung und Durchführung finden mögen. Dazu gehört, dass die *Organisationen* jedes Landes ihre ganze Kraft für diese Durchführung einsetzen. Soweit die gewerkschaftlichen Interessen in Betracht kommen, werden die internationalen Berufsverbindungen wie auch die internationalen Konferenzen der Landeszentralen in dieser Richtung tätig sein. Sie werden verbindliche Vereinbarungen schaffen, deren Durchführung durch die Organisationen gewährleistet wird. Dies wird auch der Weg sein für die sozialistischen Parteien, um die internationalen Kongressbeschlüsse aus dem Bereich unverbindlicher Wünsche in das der praktischen Verwirklichung zu verpflanzen.

* * *

Von den durch den Kongress beschlossenen Resolutionen sollen diejenigen, die für die Gewerkschaften von Wichtigkeit sind, in nächster Nummer im Wortlaut wiedergegeben werden.

Internationale Gewerkschaftsbewegung.

Italien. — Die Arbeitskammern.

Seit dem Jahre 1907 haben sich die Arbeitskammern bedeutend erweitert, und zwar haben sie an Sektionen um 37 %, an Mitgliederzahl um 83 % zugenommen.

Von den zurzeit bestehenden 92 Arbeitskammern gehören 43 der Confederazione del lavoro an, 9 sind beim Comitato nazionale di resistenza angeschlossen, während alle übrigen nirgends Anschluss haben, jedoch ihren Sektionen jedwelchen Anschluss freistellen. 39 davon haben den Arbeitsnachweis eingeführt, 65 haben Rechtsschutz, 35 haben eigene Aerzte zu ihrer Verfügung, 19 besitzen Spezialschulen und 44 verfügen über Bibliotheken.

Im weiteren lassen wir unsere Statistik sprechen:

Tab. I	1908			1907		1908			
Departement	Kammern	Sektionen	Mitglieder	Einnahmen	Ausgaben	Kammern in Gemeindegebäulichkeiten	Kammern unterstützt von Behörden	Betrag der Subvention: Behörde	Betrag der Subvention: anderseits
				Fr.	Fr.			Fr.	Fr.
Piemonte . .	14	313	50,605	42,189	41,131	1	4	2,900	2500
Liguria . . .	6	170	34,856	38,262	35,631	1	2	4,000	—
Lombardia . .	13	662	82,255	102,034	94,727	7	7	32,250	1265
Veneto . . .	6	127	20,069	12,203	12,099	3	—	—	500
Emilia . . .	14	1429	210,173	139,735	129,935	9	6	8,100	2900
Toscana . . .	15	389	33,772	25,287	23,582	4	3	2,800	100
Marche . . .	2	31	3,203	2,942	2,942	2	1	1,000	300
Umbria . . .	2	44	5,520	4,385	3,184	1	—	—	—
Lazio	2	126	13,392	8,917	4,820	1	—	—	—
Abruzzi . . .	1	10	559	—	—	—	—	—	—
Campania . .	7	119	21,238	16,833	16,018	1	—	—	—
Puglie . . .	4	104	22,986	16,375	16,240	1	2	2,300	100
Basilicata . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Calabria . . .	2	26	1,355	1,638	2,567	—	—	—	—
Sicilia . . .	3	234	52,755	20,710	18,048	2	1	6,000	650
Sardegna . .	1	15	2,306	2,000	2,000	—	1	2,000	—
Total	92	3799	558,044	433,510	403,221	33	27	61,350	8315

Nehmen wir aus der Statistik die grösseren Arbeitskammern, so gelangen wir zu folgenden Zahlen:

	Mitgliederzahl	Einnahmen	Ausgaben
Reggio	45,707	30,000	29,780
Ferrara	44,126	31,000	31,319
Milano	33,539	56,000	52,149
Parma	28,719	11,500	
Torino	26,835	21,000	21,133
Genova	23,251	15,000	
Bologna	23,331	32,000	29,000

Der Beitrag der Mitglieder an die Arbeitskammer variiert zwischen 30 Cts. bis Fr. 6.— im Jahre, im Durchschnitt genommen 50 bis 60 Cts. 10 hatten einen Beitrag von Fr. 1.—, 7 von 1.20, 3 von 1.50, 3 von 3.60. Als Bindungsglied bedienen sich die Arbeitskammern der Presse, sie befinden sich im Besitze von etwa 80 meistens wöchentlich erscheinenden sozialistischen Zeitungen. Im Jahre 1905 wurde in den meisten Institutionen die Arbeitslosenunterstützung eingeführt, mit der Beihilfe der Umanitaria in Milano (wir werden auf dieselbe später noch zurückkommen).

Nachstehend folgen Angaben über die Verteilung der Organisationen nach Regierungsbezirken (Departemente), nach Beruf, Art der Organisation usw. Was für Italien die Beurteilung, respektive vorher die Feststellung der Entwicklung der Arbeiterbewegung, speziell die der Stärke der Organisation sehr erschwert, ist der Umstand, dass man dort mit vielerlei Sorten von organisierten Arbeitern zu rechnen hat. Zunächst gibt es dort Arbeiter, die nur Mitglieder der Berufs- oder Industrieverbände, respektive